



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

14/SN-42/ME

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 601 648/2-V/5/84

An das

Präsidium des Nationalrates

Parlament
1017 W i e n

8. FEB. 1984

1984 -02- 14

Dr. Ilberner

Sachbearbeiter
JABLONER

Klappe/Dw
2319

Ihre GZ/vom

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
das Zivildienstgesetz geändert wird (Zivil-
dienstgesetz-Novelle 1984)

Das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst übermittelt in der
Anlage 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zum Entwurf
einer Zivildienstgesetz-Novelle 1984.

Der Entwurf wurde vom Bundesministerium für Inneres unter
der Zl. 94 103/30-III/5/83 am 10. Jänner 1984 der Begutachtung
zugeleitet.

Anlage

10. Februar 1984
Für den Bundeskanzler:
BERCHTOLD

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 601 648/2-V/5/84

An das
Bundesministerium für Inneres

1010 W i e n

Sachbearbeiter
JABLONER

Klappe/Dw
2319

Ihre GZ/vom
94 103/30-III/5/83
10. Jänner 1984

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Zivildienstgesetz geändert wird (Zivildienst-
gesetz-Novelle 1984)

Der mit dem oz. do. Schreiben übermittelte Gesetzentwurf
gibt dem Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst zu folgenden
Bemerkungen Anlaß:

Zu Art. II Z 2 (und anderen Bestimmungen)

Im Sinne der Legistischen Richtlinien 1979 sollten zur besseren
Verständlichkeit der Novelle grundsätzlich nicht einzelne Wörter
geändert werden, sondern es sollte der ganze - geänderte - Text
der Bestimmung oder doch zumindest ein sprachlich in sich geschlossener
Teil kundgemacht werden.

Zu Art. II Z 8

Nach Ansicht des Bundeskanzleramtes-Verfassungsdienst handelt es sich
bei der gegenständlichen Vorschrift um eine primär tilgungsrechtliche
und erst sekundär um eine Verfahrensvorschrift für die mit der Voll-
ziehung des Zivildienstgesetzes betrauten Behörden. Bei dieser
Sicht wäre - um eine lex fugitiva zu vermeiden - das Tilgungsgesetz
und nicht das Zivildienstgesetz zu novellieren. Im übrigen sind die
in den Erläuterungen zu dieser Bestimmung dargelegten Beweggründe
nicht recht überzeugend: Der Sinn des Tilgungsrechtes liegt ja gerade
darin, die Daten über Verurteilungen nur eingeschränkt verwertbar
zu machen. Der Umstand, daß die Zivildienstbehörden über einen ver-

- 2 -

fassungsgesetzlich geschützten (besser: "gewährleisteten") Anspruch zu entscheiden hat, ist nach Ansicht des Bundeskanzleramtes-Verfassungsdienst für die sachliche Rechtfertigung der beabsichtigten Bestimmung nicht ausreichend. Das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst kann die Frage der sachlichen Rechtfertigung dieser Bestimmung nicht abschließend beurteilen, doch scheinen die vorgebrachten Motive allein nicht überzeugend.

Zu Art. II Z 14

Statt "in Bereichen" sollte es sprachlich besser lauten: "in Gebieten".

Zu Art. II Z 16

§ 53 Abs. 3 sollte besser wie folgt formuliert werden: "Das Bundesministerium für Inneres hat nach Eintritt der Rechtskraft der Entscheidung (Abs. 2) dem zuständigen Militärkommando (§ 5 Abs. 2) den Ausgang des Verfahrens unverzüglich mitzuteilen."

Im vorliegenden Entwurf fehlt die Vollzugsklausel. Auch die Festsetzung eines bestimmten Inkrafttretensdatums dürfte zweckmäßig sein.

Zu den Erläuterungen

Zu Seite 4 Punkt 5

In der drittletzten Zeile sollte es lauten: "nichtstaatlichen".

Zu Art. II Z 8

Vgl. die Bemerkungen zur Bestimmung selbst.

Zu Art. II Z 10

Der zweite Satz des zweiten Absatzes scheint mißverständlich formuliert.

Zur Textgegenüberstellung

Auf sinnstörende Schreibfehler in der Gegenüberstellung betreffend § 5 Abs. 6 (richtig "Antrag" anstelle "Antragsteller") und § 6 Abs. 7 (in der neuen Fassung fehlt eine Zeile) darf hingewiesen werden.

Unter einem ergeben 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme an das Präsidium des Nationalrates in Wien.

10. Februar 1984
Für den Bundeskanzler:
BERCHTOLD

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung: